

„Die Novelle war überflüssig“

FDP-Politiker Hans-Michael Goldmann plädiert für freiwillig finanzierte Absatzförderung

Die FDP-Bundestagsfraktion will kommende Woche in einer kleinen Anfrage klären, was Absatzfonds, CMA und ZMP der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft nutzen. Hans-Michael Goldmann, agrarpolitischer Sprecher der Liberalen, fordert einen grundlegenden Systemwechsel.

Ernährungsdienst: Ihre kleine Anfrage umfasst rund 40 Punkte: Welcher ist der wichtigste?

Goldmann: Aus unserer Sicht sind natürlich alle Fragen wichtig, sonst würden wir sie nicht stellen. Im Kern wollen wir wissen: Was nutzen Absatzfonds, CMA sowie ZMP der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft?

Der Bundesrechnungshof bezeichnet das System als „fragwürdig“. Genügt Ihnen das nicht?

Goldmann: Der Bundesrechnungshof hat Absatzfonds, CMA und ZMP tatsächlich mehrfach in Frage gestellt. Wir wollen jetzt im parlamentarischen Verfahren klären, ob sich die Absatzförderung der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft besser gestalten lässt.

Ist die von Ihnen geforderte „Reform an Haupt und Gliedern“ im bestehenden System möglich?

Goldmann: Das wird schwierig. Ich bezweifle, dass sich Absatzfonds, CMA und ZMP in ihrer jetzigen Situation wirklich reformieren lassen. Genau deshalb stellen wir auch im Bundestag die kleine Anfrage.

»Ich bezweifle, dass sich Absatzfonds, CMA und ZMP wirklich reformieren lassen.«

War die Novelle des Absatzfondsgesetzes überflüssig?

Goldmann: Ja, das war sie. Es müssen ohnehin alle abwarten, wie das Bundesverfassungsgericht über das Absatzfondsgesetz urteilt. Falls das Gericht grundsätzlich Zweifel daran hat, müssen wir vorbereitet sein.

Gibt es in zwei Jahren noch eine Absatzförderung, wie sie heute existiert?

Goldmann: Das kommt darauf an, wann die nächsten Bundestagswahlen stattfinden und ob wir Liberalen danach in der Regierung sein werden.

Plädieren Sie als liberaler Politiker für eine freiwillige privatwirtschaftliche Absatzförderung?

Goldmann: Die liberale Bundestagsfraktion stellt



Foto: FDP

Hans-Michael Goldmann, Agrarexperte der FDP-Bundestagsfraktion: „Eine Zwangsabgabe passt nicht mehr in die heutige Zeit.“

jetzt erst einmal ihre kleine Anfrage. Es ist aber tatsächlich so, dass wir privat- und marktwirtschaftliche Lösungen, nicht nur beim Absatzfonds, bevorzugen. Auf diese Weise lässt sich in vielen Fällen einfacher klären, wer für etwas bezahlt und wer einen Nutzen davon hat. Im besten Fall sind die Gruppen identisch. Eine privatwirtschaftlich organisierte Absatzförderung der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft hätte noch weitere Vorteile: So könnten europarechtliche Einschränkungen umgangen und die deutsche Herkunft von Produkten ausgelobt werden. Das ist derzeit nicht möglich.

Wer finanziert eine freiwillige Absatzförderung?

Goldmann: Vom Erzeuger bis zum Exporteur sollten alle für die Absatzförderungen bezahlen, wenn es ihren Interessen entspricht. Eine am jeweiligen wirtschaftlichen Nutzen orientierte Finanzierung finde ich besser als eine Zwangsabgabe. Eine Zwangsabgabe für die Landwirtschaft passt nicht mehr so recht in die heutige Zeit. Ohne Absatzförderung geht es aber

nicht und die kostet nun mal: Die globalen Märkte werden offener und die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft profitiert vom Export.

»Wir bevorzugen eine privatwirtschaftliche Lösung.«

Wer ist im Bundestag auf Ihrer Seite?

Goldmann: Soweit ich das beurteilen kann, lehnt die Unionsfraktion eine grundsätzliche Reform der Absatzförderung ab. Gerade in der Agrarpolitik stoßen neue Ideen oftmals auf Ablehnung. Mir sind vor der Reform der europäischen Zuckermarktordnung die Rüben um die Ohren geflogen, weil ich mich für die Reform ausgesprochen habe. Generell hinken viele Agrarpolitiker und einige landwirtschaftlichen Verbände der Wirklichkeit hinterher: Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft nutzt ihre weltweiten Chancen derzeit besser denn je. In dieser Branche gibt es quer durch alle Stufen mehr Bereitschaft zu einem grundsätzlichen Wandel, als man denkt.

Wollen Sie bei landwirtschaftlichen Wählern mehr Stimmen sammeln?

Goldmann: Wir setzen auf mehr Marktchancen und eine unternehmerische Landwirtschaft. Auch bei den landwirtschaftlichen Wählern gilt: Es kommt für Politiker nicht nur darauf an, dass sie gewählt werden, sondern auch, von wem sie gewählt werden.

Das Gespräch führte Dietrich Holler

Absatzfonds: Verfassungsfrage offen

Der Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft, kurz Absatzfonds, finanziert seit Jahrzehnten zwei Organisationen: Die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) und die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH (ZMP). Im vergangenen Jahr haben die deutschen Landwirte nach den gesetzlichen Vorgaben insgesamt fast 90 Mio. € an den Absatzfonds gezahlt. Das Budget darf nicht vollständig ausgegeben werden: Auf Grund der Widersprüche und Klagen gegen Zahlungen

nach dem Absatzfondsgesetz muss die CMA mittlerweile Rückstellungen bilden. Die im Juni in Kraft getretene Novelle des Absatzfondsgesetzes werten die CMA und ihr nahestehende Verbände als politisches Signal, das bestehende System aus Absatzfonds, CMA und ZMP zu erhalten. Das letzte Wort hat jedoch das Bundesverfassungsgericht. Gegner der momentanen Rechtslage haben eine Normenkontrollklage auf den Weg gebracht. Das Gericht muss klären, ob sich die Sonderabgaben der Landwirte an den Absatzfonds noch mit dem deutschen Recht vereinbaren lassen. hol